NOTIFAX

BERICHT DER UN-MENSCHENRECHTSKOMMISSION

Die UNO macht die Polizei für das Massaker im Barrio Carlos Marx und den Mord an dem Baby Teyler Lorío Navarrete verantwortlich

Auszug aus La Pensa 31-08-2018

In dem am Mittwoch vorgelegten Bericht der Mission des UN-Kommissariats für Menschenrechte wird die Version der Polizei über zwei der abscheulichsten Verbrechen, die beispielhaft für das vom Regime angerichteten Blutbads sind, zurückgewiesen: Das Massaker im Barrio Carlos Marx, bei dem am 16. Juni eine sechsköpfige Familie in ihrem Haus verbrannte (s. Notifax 201836) und der Mord an dem 14 Monate alten Baby Baby Teyler Lorío Navarrete im Barrio Las Anericas Uno (s. Notifax 2018-39).

Zum Fall im Bario Carlos Marx in Managua schreibt die Kommission der UNO: "Es steht fest, dass das Haus angezündet wurde, weil seine Eigentümer es der Polizei und den Scharfschützen nicht erlaubt hatte, das Dach zu benutzen"..

Das Dokument des Hochkommissariats stimmt mit den vielen Aussagen der Zeugen und Überlebenden der Tragödie und der Version überein, die am Begräbnistag eines der Kinder der Opfer abgegeben hatte.

Die Regierung hatte versucht, das schreckliche Massaker in ihrem Sinne zu manipulieren, indem sie behauptete, die Opfer seien Mitglieder ihrer Partei gewesen, während die Überlebenden die Kräfte der Regierung direkt als Täter beschuldigten und zu verstehen gaben, dass ihre Familie keiner Partei angehört hatte.

Einer der Überlebenden, der die Polizei beschuldigt hatte, hat mittlerweise im Ausland um Asyl gebeten, so wie das tausende von Nicaraguanern auch getan haben.

Wegen dieses Massakers gibt es auch zwei Monate später noch keine Festnahmen. Die Regierung hat auch nie mehr darüber gesprochen.

Ein anderer für die Massaker beispielhafter Fall

Sieben Tage später, am 23. Juni, wurde dann in einem Barrio in der Nähe der Upoli ein 14 Monate altes Baby in den Armen seiner Mutter erschossen.

"Die Eltern erklärten öffentlich, dass es sich bei denen, die geschossen hatten, um zivil gekleidete Individuen gehandelt hatte, die sie als Angehörige der Polizei identifizierten", heißt es in dem Bericht der UN.

Der Bericht bekräftigt die Aussagen der Eltern und kritisiert, dass "die Polizei am gleichen Tag öffentlich erklärte, dass an diesem Morgen 'Angehörige der Polizei die Aufgabe übernommen haben, die Straßen zu räumen und damit den freien Verkehr für Menschen und Fahrzeuge sicherzustellen (...) dabei wurden sie von Kriminellen angegriffen, die durch die Nachbarschaft der Upoli streiften, dabei wurde ein einjähriges Baby durch Schüsse getötet".

Das war noch so ein Fall, den die Regierung manipulieren wollte.

In der Sterbeurkunde las die Mutter des Kindes, die Todesursache sei Selbstmord gewesen. Später hieß es dann, es habe sich nicht um das Original der Sterbeurkunde gehandelt.

Manipulation der Verbrechen

Die beiden Fälle bewegten die Gemüter im In- und Ausland wegen der dantesken Art in der die Familie verbrannte und der Unverschämtheit mit der man den Mord an dem Baby durch die These des "Selbstmords" auf dem Totenschein verschleiern wollte.

Beide Fälle versuchten die Behörden zu manipulieren und die Schuld den Demonstranten in einer Phase der brutalen Repression der Regierung gegen die Bevölkerung zuzuschieben.

Die Paramilitärs, Söhne der Regierung

In beiden Fällen, in denen die UN die propagandistische Version der Regierung nicht berücksichtigt, gibt es für den Anwalt des Cenidh, Gonzalo Carrión, einen klaren Hinweis auf die Beteiligung von Paramilitärs.

"In dem Fall operierte die Polizei zusammen mit den Paramilitärs. Sie ist direkt verantwortlich, denn die Existenz dieser paramilitärischen Gruppen, dieser Todesschwadrone, ist ohne den Staat nicht möglich".

Nach Meinung Carrións wurden die Strukturen der Todesschwadrone vom Staat geschaffen und von Daniel Ortega selbst bestätigt, als er erklärte, es handele sich um freiwillige Polizisten.

"Die Beweiskraft des Berichts ließ die Regierung ohne vernünftige Argumente dastehen".

Weitere Aspekte des Berichts

Der Bericht der UN enthält auch eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse, die im Laufe der friedlichen Demonstrationen nach dem 18 April bis heute stattgefunden haben.

Darunter befindet sich auch der Nationale Dialog, in dem keine Übereinkommen erreicht wurden, die zu einer Beilegung der Krise geführt hätten. "Ein ursprüngliches Übereinkommen für eine 48stündige Kampfpause wurde nicht eingehalten, da die Studenten, die die UNA (Universidad Nacional Agraria) besetzt gehalten haben, von der Polizei angegriffen wurden".

Ein weiterer Vorfall, den der Bericht erwähnt, ist der Marsch vom 30.Mai, dem Tag der Mütter. "Laut Informationen der UN-Mission wurde der Marsch in Managua von bewaffneten regierungstreuen Gruppen angegriffen, die sich in der Nähe der Universidad Nacional de Ingeniería aufgehalten hatten, während es ähnliche Angriffe auf Demonstrationen im ganzen Land gegeben hat". Nach offiziellen Angaben starben am 30.Mai 15 Menschen und 199 wurden verletzt. "Dieser Moment markiert einen Beginn der Gewalt in der Krise und führte zu einer Welle von Verurteilungen seitens der internationalen Gemeinschaft.

Im Bericht der UN heißt es, die nicaraguanischen Richter handeln wie Henker

Auszug aus La Pensa 01-09-2018

Die Unregelmäßigkeiten in den Prozessen gegen die Personen, die sich an den sozialen Protesten in Nicaragua beteiligt hatten, "machen das Fehlen der grundlegendsten Garantien einer unabhängigen und unparteilischen Justiz deutlich". Heißt es im Bericht der UN-Menschenrechtskommission.

Die Verletzungen eines angemessenen Gerichtsverfahrens beginne bereits mit den illegalen Festnahmen der Demonstranten durch Polizei und Paramilitärs, die man mit einem Übermaß an Gewalt aus ihren Häusern hole oder auf offener Straße festnehme, um sie dann mit Stößen auf die Ladeflächen der Pickups zu werfen.

Die selektiv gefangenen Demonstranten bleiben dann tagelang verschwunden, man nenne ihnen nicht den Grund der Festnahme und den Angehörigen nicht den Aufenthaltsort.



In den meisten Fällen wurden die politischen Gefangenen blau gekleidet, was sie als Terroristen einstuft

In der Regel würden die Gefangenen nicht innerhalb von 48 Stunden einem Richter vorgeführt wird, so wie dies die Verfassung vorschreibt. Auch bekämen die Angeklagten in den meisten Fällen keine Verteidiger ihres Vertrauens. Als Beispiel wird der Fall Brandon Lovos und Glen Slates angeführt, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne eigene Verteidigung zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

Der Bericht führt auch an, dass wenn die Angehörigen im Falle einer illegalen Verhaftung einen Antrag auf habeas corpus stellen, die Gerichte dafür einen bereits verstorbenen Richter bestellen. "Dies wurde als Taktik verstanden, um das Urteil durch einen zuständigen Richter zu verzögern. Mit wenigen Ausnahmen wurde den Anträgen nicht zugestimmt".

Juristische Apartheid

Die bei den Protesten Gefangengenommenen wurden unter Verschwiegenheit vor Gericht gestellt. Man informierte ihre Angehörigen nicht und der Prozess erfolgte hinter verschlossenen Türen.

Die Richter ließen nur Vertreter der Regierungsmedien zu den Verhandlungen zu, die die Angeklagten unter Missachtung der Unschuldsvermutung als "Putschisten, Kriminelle und Terroristen" bezeichneten. "Dies widerspricht den internationalen Standards und Normen ebenso wie der nationalen Rechtsprechung", heißt es in dem Dokument der UNO.

Vollständige Ungleichheit

Der Bericht verweist auch auf die Verletzung des Rechts auf einen Wahlverteidiger. Stattdessen werde den Angeklagten ein Pflichtverteidiger aufgezwungen, der ihnen den Rat gibt, sich schuldig zu erklären und ihnen dafür Strafminderung verspricht. Dies geschehe, obwohl Anwälte der Menschenrechtsorganisationen vor dem Gericht anwesend sind und auf Erlaubnis der Gerichte warten, damit sie die Aufgabe des Wahlverteidigers übernehmen können.

Einen weiteren Aspekt zum Schaden der Verteidigung, den der Bericht aufgreift, ist die Tatsache, dass die Anwälte "von der Regierung nahestehenden Personen bedroht werden. Dies hat bereits zu wiederholten Wechseln der Verteidiger geführt" Außerdem lasse man keine vertraulichen Gespräche mit den Angeklagten zu, was die Qualität der Verteidigung beeinträchtigt.

Der Bericht kritisiert auch, dass die Staatsanwaltschaft die Zeugenaussagen angeblicher verdeckter Ermittler als einzige Beweise gegen die Angeklagten akzeptiert hat. "Diese sagten vermummt aus,

damit sie nicht erkannt werden konnten, insbesondere bei terroristischen Straftaten", ist im Bericht zu lesen.

Der UN-Bericht enthüllt, das festgenommene Demonstranten Opfer von Vergewaltigungen wurden

Auszug aus La Pensa 02-09-2018

Im Bericht des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte werden Fälle von "sexuellen Vergewaltigungen mit Gewehren und anderen Gegenständen" dokumentiert.

Die meisten Vergewaltigungen, sexueller Missbräuche und physischer und psychischer Torturen hatten sich im El Chipote ereignet. Es wurden aber auch geheime Häuser benutzt, in die man die Protestierer brachte, um sie dort zu foltern und zu sodomisieren.

Sowohl Männer, als auch Frauen, die im Zusammenhang mit den Protesten festgenommen wurden, berichteten sexuelle Übergriffe im Gefängnis.

Einige Frauen wurden vergewaltigt. Die Männer denunzierten Vergewaltigungen mit Gewehren und anderen Gegenständen. Man zwang sie, sich auszuziehen und in Unterwäsche in den übelriechenden Zellen des El Chipote aufzuhalten.

Der UN-Bericht erhält auch Fälle von Gefangenen, die mit Elektroschocks und brennenden Zigarren gefoltert und mit Stacheldrähten und dicken Knüppeln geschlagen wurden und die man zu erwürgen versuchte.

Der CPDH-Vertreter in Miami, Rafael Cárcamo, berichtete, dass er Anzeigen über sexuelle Übergriffe und Folterungen durch Ausreißen von Zehennägeln und Schlägen auf die Fußsohlen erhalten habe.

OAS UND UNO

Daniel Ortega wirft das Menschenrechtsteam der UNO aus dem Land

Auszug aus La Pensa 01-09-2018

Die Regierung Daniel Ortegas ordnete am Donnerstag an, dass die Vertretung des UN-Hochkommissars für Menschenrechte das Land sofort zu verlassen habe.

Der Rauswurf erfolgte zwei Tage nach Veröffentlichung des Berichts der UN-MIssion, in dem sie dem offiziellen Diskurs von einen Staatsstreichversuch widersprochen und stattdessen die Massaker des Regimes Ortega-Murillos aufgedeckt hatte.

In einer Presseerklärung schrieb das Außenministerium, die Gründe und Bedingungen seien beendet wegen denen die Delegation in der Absicht ins Land gelassen wurden, die im Rahmen des Nationalen Dialogs geschaffene Wahrheits- und Sicherheitskommission beim Abbau der Straßensperren zu begleiten. Der Besuch sei ab 30.August 2018 beendet.

Sie werden ihre Arbeit aus der Ferne fortsetzen

Die Delegation erklärte in einem Kommunique, sie werde ihre Arbeit des Monitorings fortsetzen und aus der Ferne über die Situation der Menschenrechte in Nicaragua informieren. Ebenso werde man die Unterstützung der Opfer und ihrer Familienangehörigen, sowie der Zivilgesellschaft fortsetzen.

Die Mission wiederholte "ihre Bereitschaft, die Behörden zu unterstützen, damit der nicaraguanische Staat seinen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte nachkommen kann".



Mitglieder der Sondereinrichtung zur Beobachtung Nicaraguas (Meseni) der CIDH vor dem Chipote, um sich über die Situation der Verhafteten zu informieren Foto:. LA PRENSA/CORTESÍA

Weiter erklärte die Organisation, dass die im Bericht enthaltenen Empfehlungen "ein wertvolles Instrument darstellen, von dem man erwarte, dass es voll eingesetzt wird, um nicht nur die gegenwärtige Krise zu überwinden, sondern die Institutionen und den Rechtstaat auf mittlere Sicht zu stärken. Auch tragen diese Empfehlungen dazu bei, bei der Suche nach der Wahrheit und der Abrechnung behilflich zu sein".

Die Mission gab bekannt, dass sie am Samstag, den 01. September das Land verlassen werde.

"Ein Instrument der Politik des Todes"

Auf einer Parteiveranstaltung hatte Ortega in dieser Woche die Menschenrechtskommission der UNO als "ein Instrument der Politik des Todes, des Terrors und der Lüge, der Infamie" bezeichnet.

Eine schlimme Botschaft an das nicaraguanische Volk

Die Vorsitzende des Cenidh, Vilma Núñez, bezeichnete den Rauswurf als eine verzweifelte und ungewöhnliche Aktion und als eine Form der Einschüchterung. Nach ihrer Meinung sendet die Regierung mit dieser Entscheidung eine schlimme Botschaft an die Bevölkerung, da man im Lande selbst kein Organ mehr habe, das Schutz biete, weil die Justiz ein politisches Organ ist.

"Sie glauben, dass sie mit dieser Entscheidung, die sie heute getroffen haben, verhindern können, dass der Sicherheitsrat den Fall Nicaraguas am 05. September zur Kenntnis nimmt. Aber sie tragen genau damit dazu bei, dass der Sicherheitsrat die schärfsten Entscheidungen fällt, die in seine Kompetenz fallen".

Cenidh kündigte die Unterstützung und Begleitung der Vertretung der UN-Menschenrechtskommission an und machte klar, dass es die Regierung ist, die sie rauswirft und nicht die Bevölkerung, die die von ihr geleistete Arbeit schätze.

Die Verteidigerin der Menschenrechte schließt es nicht aus, dass diese Verfügung der Regierung ein Hinweis auf die Verschärfung der Repression in Nicaragua ist.

Aufmarsch von Orteguisten und Antimotines in Managua nach der Ausweisungsverfügung der UN-Mission

Auszug aus La Pensa 01-09-2018

Nach der Ankpndigung des Rauswurfs der UN-Menschenrechtmission aus dem Land erfolgte am Freitag ein großer Aufmarsch von Polizei und sandinistischen Sympathisanten vor dem Holiday Inn in Managua,





LA PRENSA/Cortesía

Vor Ort konnte man auch Staatsbedienstete, unter ihnen Angestellte des Gesundheitsministeriums sehen, die Fahnen der Regierungspartei trugen.

Ortega gab der UN-MIssion zwei Stunden Zeit, das Land zu verlassen.

Mit dem Rauswurf der UN-MIssion isoliert sich Daniel Ortega noch mehr von der internationalen Gemeinschaft

Auszug aus La Pensa 01-09-2018



Guillermo Fernández Maldonado, Koordinator der UN-Menschenrechtsmission in Nicaragua verlas am Dienstag den Bericht über die Verletzung der Menschenrechte durch die Regierung Daniel Ortegas. Foto: LAPRENSA/Roberto Fonseca Die Entscheidung Ortegas, die Mission des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte der UNO drei Tage nach der Präsentation ihres für die Regierung niederschmetternden Berichts aus dem Land zu werfen, wird von verschiedenen Gesellschaftskreisen des Landes als unverantwortlicher Akt bezeichnet. Damit werde sich der Präsident noch stärker von der internationalen Gemeinschaft isolieren.

Der Weihbischof von Managua, Silvio Báez, erklärte gegenüber La Prensa, die Entscheidung der nicaraguanischen Regierung sei ein unverantwortlicher Akt gegen die internationale Gemeinschaft und zeige den fehlenden politischen Willen dieser Regierung, die Menschenrechte zu achten, einen Dialog zu führen und Wege zur Demokratisierung des Landes zu suchen.

Die Anwesenheit der Menschenrechtsorganisationen der UNO und der CIDH war ein Ergebnis des Nationalen Dialogs gewesen, in dem die Katholische Kirche als Vermittler gedient hatte.

Bischof Báez erklärte: "Heute müssen wir als Katholische Kirche mehr denn je die Würde im Namen des Herrn verteidigen und dafür kämpfen, dass die Menschenrechte in diesem Land respektiert werden".

Selbstausschluss aus der internationalen Gemeinschaft

Der Botschafter der USA bei der OAS, Carlos Trujillo, erklärte auf Twitter: Die nicaraguanische Regierung isoliert sich noch weiter von der internationalen Gemeinschaft. Das wird ihrer Sache nicht dienen. Wir erwarten in den nächsten Wochen die Anhörungen in der UNO und der OAS".

Ortega "mit geschwollenen Füßen"

Der ehemalige nicaraguanische Außenminister, Francisco Aguirre Sacasa, erklärte, Ortega schließe sich mit seiner Entscheidung, die UNO aus dem Land zu werfen, selbst aus der internationalen Gemeinschaft aus. Dies könnte einen dauernden Effekt bei der UNO in den Debatten über Nicaragua hinterlassen.

"Mit dieser Aktion wird die nicaraguanische Regierung mit geschwollenen Füßen im UN-Sicherheitsrat ankommen, denn die anderen Mitglieder des Sicherheitsrates können schwerlich ignorieren, dass eine Regierung eine Mission aus dem Land wirft, weil sie das Verbrechen begangen hat, die Wahrheit über das gesagt zu haben, was in Nicaragua vor sich geht".

"Er schaufelt sich sein Grab"

Für den ehemaligen Außenminister José Pallais Arana ist der Rauswurf der UN-MIssion an Anzeichen für mehr repressive Gewalt. Er meint aber auch: "Diese Entscheidung ist ein Ausdruck dafür, dass die Familie Ortega Murillo gegen das internationale Schutzsystem der Menschenrechte rebelliert hat".

Dadurch kompliziere Ortega jedoch seine Situation gegenüber der internationalen Gemeinschaft, da diese eine angemessene Antwort darauf geben werde. Damit grabe er sich sein eigenes Grab.

Die Koordinatorin der Frente Amplio por la Democracia (FAD), Violeta Granera, erklärte: "Der Rauswurf der UN-Mission durch die Diktatur Ortegas ist ein weiterer unverantwortlicher, überheblicher und respektloser Akt, der schlimme Konsequenzen für Nicaragua haben wird. Aber er beschleunigt auch das Ende der Diktatur".

Die Angehörigen der UNO haben Nicaragua auf Anordnung Daniel Ortegas verlassen

Auszug aus La Pensa 01-09-2018

Die Delegation des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte ist am 01.September nach Panama abgereist. Bevor sie das Land verließen, erklärten sie, sie hätten "eine Verpflichtung gegenüber dem nicaraguanischen Volk" und sie "würden zu der sozialen Krise dieses Landes von Panama aus weiter arbeiten",

Sie berichteten auch, dass sie sich vom nicaraguanischen Volk gut aufgenommen fühlten und dass sie ihm eine feste Umarmung sendeten.



Die Delegierten des UN-Hochkommissars verlassen Nicaraqua. TOMADA DE TWITTER

Organe der OAS zeigen sich wegen des Rauswurfs der UN-Mission besorgt

Auszug aus La Pensa 02-09-2018

Die vom ständigen Rat der OAS geschaffene Arbeitsgruppe für Nicaragua brachte am Freitagabend ihre tiefe Sorge über die Entscheidung der nicaraguanischen Regierung zum Ausdruck, die UN-Mission des Landes zu verweisen.

"Wir bitten die nicaraguanische Regierung dringend, die mit den vorgenannten Mechanismen getroffenen Vereinbarungen zu respektieren, das Sammeln von notwendigen offiziellen Informationen und den Zugang zu den Gefängnissen zu ermöglichen".

Weiter verurteilten die OAS-Organe die im UN-Bericht aufgezählten Menschenrechtsverletzungen der Regierung Ortegas.

In dem Kommunique der OAS wird die Regierung aufgefordert, "die guten zur Verfügung stehenden Hilfsangebote zu nutzen und nach guten und konstruktiven Ergebnissen in dieser kritischen Zeit zu suchen". Außerdem bittet sie die Regierung die Behinderung der Arbeit der MESENI und der interdisziplinären Gruppe unabhängiger Experten zu beenden und die Rückkehr der Vertreter des UN-Hochkommissars für Menschenrechte nach Nicaragua zuzulassen.

Spanien verurteilt die Entscheidung

Die spanische Regierung zeigte sich wegen der Rauswurfs der UN-Mission ebenfalls besorgt und verurteilte die Entscheidung der nicaraguanischen Regierung.

"Wir fordern die nicaraguanische Regierung auf, ihre Entscheidung über die Beendigung der Mission noch einmal zu überdenken, die Schlussfolgerungen des UN-Berichts zu anzunehmen und sicherzustellen, dass bei ihren Aktionen die internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte eingehalten werden", erklärt die spanische Regierung.

Weiter drängt sie darauf, dass der Nationale Dialog wieder aufgenommen werde und stellt sich hinter die Mitglieder der Bischofskonferenz, damit sie weiterhin als Mediatoren auftreten.

Die FSLN schließt eine Wahlrechtsreform in diesem Jahr aus

Auszug aus La Pensa 02-09-2018

Der Sekretär für Auslandsbeziehungen der regierenden Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) und Abgeordnete, Jacinto Suárez, schließt eine Wahlrechtsreform in diesem Jahr aus.

"Im Moment sehe ich dafür keine Notwendigkeit. Ihre Zeit wird kommen", erklärte Suárez.

Die aus Studenten, Unternehmern, Campesinos und der Zivilgesellschaft bestehende Alianza Cívica por la Justicia y la Democraci fordert zur Überwindung der Krise von der Regierung vorgezogene Wahlen. In dieser Woche hatte die Alianza Cívica Ortega aufgerufen, die Schritte für die Abhaltung vorgezogener Wahlen zu definieren und dazu ist eine Reform des Wahlgesetzes und der Verfassung notwendig.

Ortega weigert sich jedoch zurückzutreten und gibt auf die nationalen und internationalen Aufrufe, zum Dialog zurückzukehren, keine Antwort.

Im Juni hatte der Ständige Rat der OAS die Regierung aufgerufen in einem Zeitraum von neun bis 14 Monaten Neuwahlen abzuhalten und Ortega gedrängt, eine Route für die Wahlreformen auszuarbeiten. Am 09.November 2017 hatte Ortega mit der OAS vereinbart, Reformen durchzuführen und das Wahlsystem bis zu den nächsten Regionalwahlen, die kürzlich einberufen wurden, zu verbessern.

Mehr Geld für den CSE

Als Teil der Kampagne, mit der behauptet wird, das Land sei zur Normalität zurückgekehrt, wurden für den ersten Sonntag im April 2019 Regionalwahlen an der Karibikküste einberaumt.

In der im August verabschiedeten Haushaltsreform, war der CSE eine der wenigen Institutionen, die durch eine Erhöhung ihres Budgets prämiert wurde.

Die orteguistische Regierung ignoriert die Empfehlungen der CIDH und der UN-Mission

Auszug aus La Pensa 04-09-2018



Mitglieder der CIDH. LA PRENSA/Uriel Molina

Dreieinhalb Monate nachdem die Interamerikanische Menschenrechtskommission (CIDH) zum Abschluss ihres Besuchs in Nicaragua der regierung 15 Empfehlungen gegeben hatte, wurde bisher nicht eine von ihr beachtet.

Einige der Empfehlungen waren auch in den 16 Empfehlungen der Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte an die Regierung enthalten.

Die Direktorin des Cenidh), Marlin Sierra, erklärte; "Die Aggression geht weiter, die Nichtbeachtung der angemessenen Prozesse setzt sich fort, die Menschenrechtsorganisationen haben keine Möglichkeit die Situation vor Ort zu untersuchen, der Dialog ist suspendiert".

Der Exekutivsekretär der ANPDH Álvaro Leiva Sánchez Leiva erklärte von Costa Rica aus, der nicaraguanische Staat zeige keinen politischen Willen, die Situation zu verbessern.

PROTESTAKTIONEN

Eine Demonstration in Chinandega wurde wegen Drohungen und Feindseligkeiten abgesagt

Auszug aus La Pensa 02-09-2018



Aufgrund der Absperrungen der Polizei und Drohungen von Politikern der Frente Sandinista sagte die Movimiento 19 de Abril am Samstag eine in Chinandega geplante Demonstration für die Freilassung der politischen Gefangenen wieder ab.

Schon in den frühen Morgenstunden waren Polizisten in der Gegend der Guadalupekirche aufmarschiert, so dass sich die Bewegung entschloss die Demonstration abzusagen, um die Teilnehmer keiner Gefahr auszusetzen.

Trotz der Bedrohung verstummen die Stimmen nicht

Trotz der Atmosphäre der Belagerung und Drohungen gehen die Demonstrationen und die verschiedenen Ausdrucksformen der Ablehnung von Ortega und Murillo im Land weiter.

Am Samstag erwachten die Straßen Catarinas mit großen blauweißen Ballons, die den Beginn des vaterländischen Monats ankündigen. Einige trugen Botschaften, wie "Patria libre y vivir", "Que se rinda tu madre", "Gott ist mit dem Volk".

In León, Managua, Estelí und Ometepe wo ebenfalls Demonstrationen geplant waren, wurden diese von der Polizei des orteguistischen Regimes, Paramilitärs und sandinistischen Fanatikern bedroht.

Paramilitärs und städtische Angestellte verhindern einen Fahrzeugkorso in Somoto, Madriz

Auszug aus La Pensa 03-09-2018



Bezahlte paramilitärische Gruppen und Angestellte des öffentlichen Diensts belagerten eine Karawane der Alianza Cívica von Madriz. Foto: LAPRENSA/William Aragón

Funktionäre, Angestellte des öffentlichen Diensts und orteguistische Paramilitärs auf Motorrädern und Pickups verhinderten am Sonntag einen Fahrzeugkorso, der unter dem Motto "Respiektiert das Vaterland" durch die Straßen von Somoto fahren wollte.

Der Karawane sollten sich Gruppen aus San Juan del Río Coco, Palacagüina, San Lucas, San José de Cusmapa und verschiedenen Gemeinden Nueva Segovias anschließen. Doch mussten sie dieses Vorhaben aufgeben, weil orteguistische Paramilitärs auf Motorrädern und Pickups auch durch diese Ortschaften fuhren, um die Wegfahrt der Demonstranten zu verhindern.

Sie tankten bei Petronic

Die Fahrzeuge der Paramilitärs und orteguistischen Angestellten wurden in der Tankstelle von Petronic in Somoto betankt, bevor sie losfuhren, um die Demonstration der Regierungsgegner zu verhindern.

Das Mitglied der Alianza Cívica von Madriz, Dr. Claudia Marieta Medina, erklärte, die Regierung habe Angst vor den Protesten der Bürger und habe sich daher entschlossen, sie wieder zu unterdrücken. "Die glauben die Menschen hätten Angst vor ihr, in Wirklichkeit sind sie ein Haufen Feiglinge, die die Stimmen derer, die demonstrieren, zum Schweigen bringen möchten".

Das Regime unterdrückt den "Marsch der Fahnen" und provoziert Gewalt

Auszug aus La Pensa 03-09-2018



Tausende überwandten die Angst und demonstrierten im Monat des Vaterlandes Foto: LA PRENSA/J. FLORES

Wieder einmal erzeugte die Repression der orteguistischen Regierung gegen die bürgerlichen Demonstrationen Gewalt in Managua, indem man den Marsch der Fahnen belagerte, bedrohte und dann schließlich angriff.

Polizisten des Regimes, Paramilitärs, orteguistische Fanatiker und Strukturen im Dienst der Partei koordinierten sich, um die blauweiße Demonstration klein zu halten. Wegen des Willens des Volkes, sein verfassungsmäßiges Recht auf Protest trotzdem auszuüben, griffen sie die Demonstration dann mit Schüssen an.

Die Belagerung begann schon in der Frühe. Da bekannt war, dass die blauweiße Konzentration an der Rotonda Cristo Rey beginnen sollte, war der Platz in der klaren Absicht, die Demonstration zu verhindern, am Sonntag schon in aller Frühe voller Polizisten und Schlägertrupps auf Fahrzeugen des Staates.



Orteguistische Sturmtrupps belauerten den Marsch der Fahnen Foto: LA PRENSA/O.NAVARRETE

Um Aggressionen zu vermeiden, wichen die Demonstrationen nach Süden aus. Doch Dutzende von Antimotines versuchten sie in der Absicht, sie an der Demonstration zu hindern, einzukesseln.

Gleichzeitig ließen sie eine Karawane der Regierungspartei durch, um die Demonstranten zu belauern.

Doch mit Hilfe tausender Bewohner der Barrios México, Máximo Jerez, El Riguero, La Luz, Habana, Isaías Gómez, Altamira und der Colonia Centroamérica gelang es bei drei Gelegenheiten die Polizeiketten zu überwinden, um bis zur Rotonda Jean Paul Genie durchzukommen.



Dreimal gelang es den Demonstranten die Polizeiring zu durchbrechen Foto: LA PRENSA/Jader Flores

Erregt durch die Belagerung der Polizei, die Verfolgung der staatlichen Karawanen und der Gewissheit, dass sich in ihren Reihen Geheimpolizisten befanden, beschleunigten sie ihren Marsch in Richtung der Kreuzung von Lozelsa und riefen zum Rhythmus der Musik: "Wir haben keine Angst". In Lozelsa angekommen, marschierten sie in Richtung der Rotonda Jean Paul Genie weiter , wo sie aber nicht ankamen, da Paramilitärs mit rotschwarzen Fahnen auf Pickups auf sie zu schießen begannen.

Durch diesen Angriff wurde mindestens eine Person, der Urologe Carlos Fletes, verletzt. Er wurde ins Hospital Metropolitano gebracht, wo er operiert wurde.



Kurz vor Beendigung des Marsches beschossen Paramilitärs die Demonstration, was die Gemüter erregte und die Gewalt zum Ausbruch brachte. Foto: LA PRENSA/O. NAVARRETE.

Unmittelbar nach den Schüssen fuhr ein von Zivilisten gesteuertes Fahrzeug der Polizei vor, das zu der Stelle durchkommen wollte, wo es gerade die Schießerei gegeben hatte. Dadurch entstand ein großes Durcheinander, das damit endete, dass das Fahrzeug zerstört und anschließend in Brand gesteckt wurde.

Sofortige Jagd der Antimotines auf Demonstranten

Das Fahrzeug stand noch auf der Carretera a Masaya in Flammen, als Dutzende von LKWs mit Antimotines auftauchten. Einige blieben mit einer kleinen Gruppe von Schlägertrupps auf Motorrädern vor Ort, während die anderen in der Umgebung umherfuhren, um Jagd auf alle zu machen, die sie verdächtigten an der Demonstration teilgenommen zu haben und wegen der Schießerei gefohen zu sein

Andere Patrouillen durchstreiften die Barrios in der Nachbarschaft und fingen willkürlich Verdächtige.

Die verzerrte Version der Polizei

Stunden nach dem Angriff auf die Demonstration und dem Abbrennen des Polizeifahzeugs hängte die Polizei wieder einmal ohne Ermittlungen angestellt zu haben die Handlungen ihrer Paramilitärs den Demonstranten an und erklärte "Vermummte" hätten von Autos ohne Kennzeichen aus mit Schusswaffen, Mörsern und Molotowcoctails angegriffen.

In der vorverurteilenden Sprechweise der Regierung kündigte die Polizei auch an, sie werde gegen jene ermitteln, die zu der Demonstration aufgerufen hatten, um sie wegen dieser "terroristischen Akte , die der Strategie der putschistischen Gruppen entsprechen" verantwortlich zu machen.

Die Alianza Cívica weist die Beschuldigungen der Polizei zurück

Die Alianza Cívica wies in einer Presserklärung "die Kriminalisierung eines Aufrufs zur legitimen verfassungsmäßigen Ausübung des Protests" zurück.

"Der Marsch wurde von Agitatoren angegriffen, dabei wurden, wie die in verschiedenen Medien und in den sozialen Netzen veröffentlichten Videos zeigen, Schüsse in Richtung Demonstranten in die Luft abgefeuert, durch die ein Arzt verletzt wurde, was dann mit dem Brand eines Polizeifahrzeugs endete. Wir wiederholen, dass unser Kampf zivil und friedlich ist und wir jede Art von Gewalt ablehnen. Das haben wir in allen unseren Erklärungen zum Ausdruck gebracht und wiederholen es in dieser".

VERFOLGUNG, REPRESSION UND GEWALT

Inatec entlässt die Mutter der politischen Gefangnen Elsa Valle

Auszug aus La Pensa 01-09-2018

Die Mutter der politischen Gefangenen Elsa Valle, Rebeca del Carmen Montenegro, wurde am Freitag beim Instituto Nacional Tecnológico (Inatec) entlassen, wo sie 17 Jahre lang als Juristen in der Rechtsabteilung gearbeitet hatte. Gleichzeitig verbot man ihr, diese Institution noch einmal zu betreten. Sie darf lediglich bis zur Kasse gehen, um dort ihre Schlussabrechnung abzuholen.

Carmen Montenegro berichtet, die Kündigung sei willkürlich erfolgt und entbehre jeglicher rechtlicher Grundlage. Sie hält das Ganze wegen der Situation ihrer Tochter für eine Repressalie,, da sie sie im Frauengefängnis besuchen wollte und weil sie zu den Gerichten gegangen war. Dazu kämen noch die Aktivitäten ihres Mannes Carlos Valle, der gegenüber den Medien die Verletzungen der Menschenrechte seiner Tochter Elsa angeklagt hat.

Montenegro erklärt, sie habe im Laufe ihrer Arbeit bei der Inatec nie Probleme gehabt. Sie habe allerdings das Schreiben, mit dem von der sandinistischen Regierung Gerechtigkeit für die Opfer des "Terrors" gefordert wurde, nicht unterschrieben.

Ihre Tochter Elsa wird von der Staatsanwaltschaft des illegalen Waffenbesitzes beschuldigt. Ihre gerichtliche Anhörung wird am 03.September stattfinden.



Carlos Valle, der Vater von Elsa Valle, hat schon von jeher die Verletzung der Menschenrechte seiner Tochter angeklagt. Foto: LAPRENSA/ROBERTO FONSECA

82 Studenten werden wegen ihrer Teilnahme an den Protesten aus der UNAN-Managua geworfen

Auszug aus La Pensa 01-09-2018



Am Eingang der UNAN-Managua wurden Transparente mit Friedensbotschaften aufgehängt.

Die UNAN-Managua hat 82 Studenten endgültig von der Universität verwiesen, weil sie sich während der Proteste an der Besetzung der Uni beteiligt hatten.

In einem Schreiben des Generalsekretärs der UNAN-Managua Luis Alberto Lobato heißt es, die Entscheidung sei von der Kommission einstimmig erfolgt, die zur Untersuchung der Schäden an dem Gebäude gebildet worden war. Gleichzeitig wird es den Studenten für ein Jahr verboten, das Gelände zu betreten.

Die UNAN-Managua beabsichtigt, den Unterricht am 01.Oktober wieder aufzunehmen. Die Studenten der regulären Kurse werden nur zwei Treffen pro Woche haben, damit soll auf gewisse Weise verhindert werden, dass die Studenten weitere Proteste organisieren können.

Orteguisten zerstören das Mahnmal für die Opfer der Repression auf der Rotonda Jean Paul Genie

Auszug aus La Pensa 02-09-2018



So sah die Rotonda Jean Paul Genie am 01.sept. in der Früh aus Foto: LAPRENSA/Roy Moncada

Nachdem der Orteguismus mit der Zerstörung der 50 Kreuze zum Gedenken an die Opfer der Repression auf der Rotonda Jean Paul Genie am Freitag in der Nacht wieder einmal seine Intoleranz unter Beweis gestellt hat, stellte sie eine Gruppe von jungen Leuten am Samstag wieder auf.

Es ist bereits das zweite Mal, dass die Kreuze zerstörten wurden. Die Rotonda Jean Paul Genie ist eine der Stellen, wo sich die blauweißen Demonstrationen gesammelt haben, weil am 18.April die von den Polizisten und orteguistischen Sympathisanten angegriffenen Demonstranten sich hierher geflüchtet hatten.

Zwei der sieben Studentenführer von León wurden wegen schweren Mords angeklagt

Auszug aus La Pensa 02-09-2018

Christopher Nairobi Olivas Valdivia und Byron José Corea Estrada wurden am Samstag des Mords an dem 23jährigen Cristhian Emilio Cárdenas angeklagt, der am 20.April im Centro Universitario de la Universidad Nacional (CUUN) in León bei einem Brand ums Leben kam.



Christopher Nairobi Olivas Valdivia und Byron José Corea Estrada. LAPRENSA/Perla Gutiérrez

Die beiden Studentenführer werden außerdem wegen Terrorismus, Brandstiftung, schwerer Sachbeschädigung und Diebstahl in der CUUN, am Gebäude der Nationalen Lotterie in León und weiterer sieben Geschäfte angeklagt.

Der dritte Angeklagte, der beschuldigt wird Cárdenas in der CUUN "getötet" zu haben, ist Lesbert Alberto Rubí Olivares, der von der Polizei nicht gefangen werden konnte.

Laut der makabren Anklage der Staatsanwaltschaft sind 12 junge Leute in die Brandstiftung in der CUUN verwickelt, aber nur sieben wurden am 25. August während einer nächtlichen Demonstration gefangengenommen, auf der die Freilassung von acht Führern der Studentisch Bewegung 19. April in León gefordert wurde.

Die Schäden des Brandes in der CUUN werden auf 12,8 Millionen Córdobas geschätzt. Das Feuer in der CUUN brachte das Dach der Nationalen Lotterie zum Einsturz. Dabei entstand ein Schaden von 4,632 Millionen Córdobas. Die Schäden an den übrigen Geschäften beziffern sich auf 129.070 Dollar.

REGIONALWAHLEN

Nach Meinung von Experten sind Regionalenwahlen sinnlos

Auszug aus La Pensa 31-08-2018

Die ehemalige Präsidentin des Obersten Wahlrats Rosa Marina Zelaya meint, dass es für die Abhaltung von Wahlen derzeit keine Sicherheitsgarantien gebe.

"Wahlen charakterisieren sich dadurch, dass sie in einer Atmosphäre des Friedens abgehalten werden und die politischen Parteien auf diese Wahlen vorbereitet sind. Da ist die Abnormalität des Landes zu

der noch die Forderung der internationalen Gemeinschaft hinzukommt, den Obersten Wahlrat substantiell zu verändern einschließlich der Arbeit, die zusammen mit der OAS geleistet werden sollte. Nichts davon ist bisher getan worden. Deswegen gibt es weder für die Abhaltung von regionalen noch nationalen Wahlen die notwendigen Voraussetzungen.

Peraza erklärt, der Grund für die Nichtabhaltung von Wahlen sei der Zusammenbruch des Wahlsystems. "Man nahm an, dass da mit der OAS zusammengearbeitet wird, aber man hat nie Ergebnisse gesehen".

Die Alianza Cívica empfängt die Yatama

Die Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia traf sich gestern mit der Yatama. Die indigene Partei führte an, dass sie sich nicht an den Wahlen beteiligen werde, da die Krise alle Nicaraguanern schade und weil es bei den letzten drei Wahlen nur Wahlbetrug und die Missachtung der Autonomiegesetze gegeben habe. In einer Presseerklärung unterstützte die Alianza die Entscheidung und rief alle auf, sich zusammenzuschließen und eine Lösung für die Krise zu suchen.

POLIZEI

Die Unterdrückung der Dissidenten machte ihm zum "geliebten Sohn" Masayas

Auszug aus La Pensa 01-09-2018



Kommissarmajor Ramón Avellán, Subdirektor der Polizei in Masaya. Foto: LA PRENSA/Manuel Esquivel

Kommissar Ramón Avellán wurde am Sonntag mit der Würde des "geliebten Sohnes" von Masaya ausgezeichnet, eine Aktion, die der Soziologe Cirilo Otero aus moralischer Sicht als schweren Fehler bezeichnete, da man damit eine Person auszeichne, die schlimme Menschenrechtsverletzungen begangen hat.

Trotzdem meint Otero, die Entscheidung der sandinistischen Stadtverwaltung sei auch aus dem verzweifelten Versuch der Diktatur heraus verständlich, da sie dadurch Leute auszeichne, die ihr bei der Aufrechterhaltung ihres repressiven Projektes gedient haben.

Doch, was hat der Generalkommissar Avellán getan, um sich diese Anerkennung zu verdienen? Die Regierung sieht ihn als den "Befreier" der Einwohner Masayas an, nachdem der Bürgermeister Orlando Noguera aus der Stadt verschwunden war, weil die Bürger dort Barrikaden errichtet hatten. Und bis heute beauftragt dieser Kommissar seine Polizisten damit, das Barrio von Monimbó zu bewachen, damit sich die Bevölkerung dort nicht noch einmal erhebt.

Die EU verlängert nicht mehr ihre Zusammenarbeit mit der Polizei



Antimotines schüchtern die Protestierenden ein, während sich eine Demonstrantin ihnen nähert, um eine Polizistin zu umarmen Foto: LA PRENSA/ ROBERTO FONSECA

Ein Hilfsprogramm der EU für die nicaraguanische Polizei, wird wegen der gewaltsamen Repression nicht mehr verlängert. Das Programm zur Bekämpfung der Drogenkriminalität und des organisierten Verbrechens hatte in den 5 Jahren seines Bestehens 10 Millionen Euro gekostet.

Die Entscheidung wurde jetzt anlässlich eines Besuchs des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez in Costa Rica bekannt. Das Projekt war über die staatliche spanische Entwicklungsagentur (AECID) abgewickelt worden. "Es wäre ein Fehler, diejenigen im Stich zu lassen, die unter der Repression des Regimes zu leiden haben", erklärte Sánchez.

Holland und Luxemburg haben inzwischen ihre Zusammenarbeit mit Nicaragua eingestellt.

WIE DANIEL ORTEGA DIE WELT SIEHT

Daniel Ortega: "Wir haben keine politischen Gefangenen. Die, die eingesperrt sind, wurden eingesperrt, weil sie Verbrechen gegen das Volk begangen haben"

Auszug aus La Pensa 05-09-2018

Hier die Wiedergabe eines Interviews, das Daniel Ortega der spanischen Nachrichtenagentur EFE gegeben hat und in dem wieder einmal seine Version über die Paramilitärs änderte. Diesmal sind es bewaffnete irreguläre Gruppen, die von Polizei und Militär auf dem Land bekämpft werden.

Ich lese Ihnen etwas vor: "Diese neue Tyrannei steht einem Aufstand gegenüber, der alle Gesellschaftskreise erfasst. Es handelt sich dabei um mit Kriegswaffen bewaffnete polizeiliche und paramilitärische Kräfte, die gemeinsam gegen eine unbewaffnete Bevölkerung agieren. Dieser ungleiche Kampf hat für so ein kleines Land mit knapp 6 Millionen Einwohnern einen exzessiv hohen Preis gekostet: 400 Tote in drei Monaten, gejagt von Scharfschützen, getötet mit einem Schuss ins Genick, von Paramilitärs aus fahrenden Autos erschossen, in ihren Wohnungen lebend verbrannt, noch Säuglinge. Die große Mehrheit waren junge Leute, mindesten 25 Minderjährige waren unter 17 Jahren. Wie wir damals. Und die Verletzten kommen an die 1.500". Dies hat der Schriftsteller Sergio Ramírez, sandinistischer Exvizepräsident und Cervantespreisträger in Spanien, geschrieben. Wie finden Sie das?

Ich würde an die Chroniken erinnern, die er in der Zeit geschrieben hat, als er Vizepräsident war, erstes Mitglied der Junta und dann Vizepräsident. Wir sprechen von der Zeit von 1979 bis 1990 und wenn wir uns dieses Chroniken anschauen, dann werden wir sehen, dass er genau so über den Präsidenten Reagan und alle Stimmen gesprochen hat, die in der lateinamerikanischen und karibischen Region erklangen.

Hatte Sergio Ramírez recht, als er das sagte?

Er weiß, dass er seine Fähigkeit als Geschichtenerzähler einsetzt. Er ist ein großer Geschichtenerzähler und er erzählt eine wirklich makabre Geschichte über das, was da eine Tragödie ist, die unser Volk erlebt hat. Er lügt.

Wer ist verantwortlich für das, was da in diesen Monaten in Nicaragua geschehen ist, für die Toten in den Straßen?

Wir haben eine lange und bekannte Geschichte, die wir immer im Kopf haben: diese Macht, die sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika nennt. Sie intervenierte und besetzte Nicaragua und seit den 1850er Jahren gibt es hier bereits diese Yanquiexpansion. Was hat sie hierher gebracht? Das Goldfieber. Es war viel leichter, als das nordamerikanische von der Ostküste zu Westküste zu durchqueren. Die Verkehrsgesellschaften hatten die Vision, hier eine bequemere und sichere Route zu finden. Man öffnete diese Route und danach kam die nordamerikanische Expansion und danach die Fixierung auf den Kanal.

Und jetzt behaupten Sie die Vereinigten Staaten stehen hinter den Vorfällen?

Die gleiche Geschichte. Nachdem wir die Regierung verließen und 1990 Wahlen abhielten, erkannten wir die Wahlergebnisse an.. Wir hatten einen Obersten Wahlrat voller Sandinisten. Dann kam eine Politik, die die gesamte politische, ökonomische und kulturelle Macht zu restaurieren versuchte, die uns die Vereinigten Staaten aufgezwungen hatten, mit der wir Schluss gemacht hatten, als wir mit der somozistsischen Diktatur Schluss machten. Das ist die Zeit, in der sie auf lange Zeit ihr Projekt in Nicaragua durchsetzten . Später bemühten sie sich dann zu verhindern, dass die Frente die Wahlen gewinnt. Seit 1990 hatten wir intervenierte Wahlen. Es waren keine freie Wahlen, weil die Vereinigten Staaten hier drohten. Präsident Bush sagte, wenn die Frente Wahlen gewinnen würde, würde die Aggression gegen Nicaragua fortgesetzt werden.

Aber, wenn die UNO gewinnen würde, würden die Vereinigten Staaten diese Regierung unterstützen und logischerweise war es für das Volk nicht leicht zu wählen. Es war ein halbes Leben, der Krieg hatte schon so viele Menschenleben gekostet. Danach gab es einige Wahlen mit einigen Gesandten der Regierung der Vereinigten Staaten, die mit dem gerade sich im Amt befindenden Präsidenten auftraten und die gleiche Botschaft brachten. Einer der letzten Gesandten war der General Collin Powell und die Medien und die EFE mussten das im Laufe der Zeit zusammentragen, was diese Minister und hohen Funktionäre sagten, die nach Nicaragua kamen. Die Arbeit, die ihr Botschafter mit den anderen Botschaften hier vollbrachten, um die Rechte zu vereinen und zu verhindern dass die Frente Sandinista gewinnen. D.h. man respektierte das nicaraguanische Volk nicht, sondern betrieb eine Politik der ständigen Einmischung, um das Volk zugunsten dieser Einmischung und ihrem Kandidaten zu zwingen. Wir sehen deshalb, dass sie ihre einmischende Kampagne zwischen 1990 und 2007 nie beendet haben, als wir wieder an die Regierung kamen, als sie den Sieg der Frente nicht verhindern konnten. Sofort nahmen sie eine Halting der Feindseligkeit und der Einmischung gegenüber der sandinistischen Regierung ein. Sie hatten sie bis 1990 und sie manifestierte sich im Kieg aus. Seit 1990 versuchte sie zu verhindern, dass die Frente an die Regierung kam und der Oberste Wahlrat dann den Sieg an Dr. Alemán gab, dem Kandidaten der Yanquis, des Kapitals und

der Rechten. Und später dann der Ingenieur Enrique Bolaños, Kandidat des Kapitals und der Rechten und der selben Partei, der Liberalen. Die Yanquiregierung und die Rechte und die rechte und die internationale Presse applaudierten dem Obersten Wahlrat. Und später haben wir die Wahlen gewonnen und der Rat wurde zum Bösen, weil die Frente gewann.

Haben Sie Beweise dafür, dass die Regierung der Vereinigten Staaten hinter den Menschen steht, die auf die Straße gehen, um gegen ihre Regierung zu protestieren?

Das ist ganz klar. Wir kamen wieder an die Regierung und schon kam die Feindseligkeit der USA. Das Erste, dass sie taten war, die Hilfe für das Millenniumprogramms zu streichen, die mit der vorhergehenden Regierung vereinbart war, um Mittel für ganz Mittelamerika zur Verfügung zu stellen. Nicaragua bestraften sie, weil die Frente für die Vereinigten Staaten nicht demokratisch ist und sofort begannen sie damit bewaffnete Gruppen zu organisieren.

Wer gibt diesen Gruppen Waffen?

Hier gab es eine Aktivität, die von der extremen Rechten in Florida ausging. Das war eine ständige Nabelschnur, die noch aus der Zeit der Contra stammte. Eine sehr enge Verbindung zwischen nordamerikanischen Politikern in Florida und den Contras, die sich zu einer Freundschaft entwickelt hat. Diese Rechten mit viel politischer Macht im Kongress tat es sehr weh, dass die Frente wieder an die Regierung kam und sie schuf die Lanzenspitze, die all diese bewaffneten Gruppen versorgt und begann sie mit Gruppen des Drogenhandels zu verbinden. Bei einigen Aktionen gegen sie fand man Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Marihuanaanbau.

Heißt das, dass die die in den Straßen gegen die Regierung protestieren einerseits von den Vereinigten Staaten unterstützt und finanziert werden und andererseits mit dem Drogenhandel in Verbindung stehen?

Genau. das ist eine Kontinuität. Es gab keinen Bruch in der interventionistischen Politik der Vereinigten Staaten gegen Nicaragua und die Frente Sandinista. Sie haben diese Art des Drucks beibehalten und die Presse berichtete, dass diese Gruppen herumliefen und Campesinos und Führer der Frente umbrachten. Auf den Fotos sieht man Bewaffnete und Ausgerüstete unter dem Titel "Patrioten, Kämpfer für die Freiheit".

Und diese mit dem Sandinismus verbundenen paramilitärsichen Gruppen?

Nein. Die einzigen Paramilitärs , die es in Nicaragua gab, sind diese, die seit 2007 gebildet wurden und weiterhin eine Menge Verbrechen begangen haben. Wir haben diese Schlacht mit der Polizei und der Armee geführt. Es gibt Compañeros der Armee, die in diesem Kampf gestorben sind, der weder für die Rechte noch die Menschenrechtsorganisationen existiert. Wenn ein Verbrecher fällt, dann ist er ein Opfer der Polizei und der Armee.

Wer hat der Polizei am 30.Mai den Befehl gegeben auf eine friedliche Demonstration zu schießen?

Zuerst mal ist das eine große Lüge. Ich habe die Demonstration im Fernsehen gesehen, weil sie übertragen wurde. Und da gab es einen Angriff von einem Teil der Demonstranten auf einen anderen Marsch, auf der Avenida Bolivar, einen bewaffneten Angriff. Die 22 toten Polizisten in diesem Monat z.B wie erklärte man sich die 22 Polizisten, die von friedlichen Demonstranten getötet wurden? Die hunderten toten Sandinisten, die in Wohnungen entführt und ermordet wurden.

Und warum sagen alle internationalen Menschenrechtsorganisationen, dass das nicht so war?

Weil wir hier unglücklicher Weise über ein Projekt sprechen, dass den Vereinigten Staaten nicht passt und die Vereinigten Staaten weiterhin großen Einfluss auf internationale Organisationen und auf die Menschenrechtskommission der OAS haben. Das gleiche passiert mit der Menschenrechtskommission in Genf und sie haben sich gerade dort zurückgezogen, aber sie sind die großen Vorkämpfer für die Menschenrechte in Genf.

Gibt es in Nicaragua politische Gefangene?

Wir haben keine politischen Gefangenen. Was wir gefangen haben, sind Gefangene wegen der Verbrechen, die sie gegen das Volk begangen haben und sie werden den entsprechenden

Gerichtsverfahren unterworfen. Niemand wurde wegen seiner Gedanken oder politischen Aktivitäten verhaftet.

Gibt es in Nicaragua eine freie Presse?

Man muss nur die TV-Kanäle anmachen und die Nachrichten sehen und die Zeitungen lesen. Es gibt eine freie Presse und es gibt sogar ein Programm, in dem sie in diesen Tagen Vermummte interviewten, die von den rechten bewaffneten Paramilitärs sind, die ganz ruhig sagten, "dass hier noch mehr Tote notwendig sind". Das sagen sie ganz ruhig. Ich weiß nicht, was da in anderen Ländern mit einem Interviewer passieren würde, der jemanden interviewt, der in einem Moment, in dem das Blut im Land fließt, erklärt, dass noch mehr Tote notwendig seien,.

Was sagen sie als Präsident Nicaraguas zu den Angehörigen der Toten, die in diesen Monaten bei den Protesten in den Straßen umkamen?

Hier sind diejenigen für diese Toten verantwortlich, die diese Akte gefördert, finanziert und alimentiert haben und dahinter steckt die nordamerikanische Politik von Florida, die einen großen Einfluss im nordamerikanischen Kongress hat und Druck auf die nordamerikanische Regierung ausübt. Was die nordamerikanische Rechte am meisten geärgert hat, ist das Bündnis, das die Frente mit den Arbeitern und Unternehmern geschaffen hat, die ideologisch keine Sandinisten sind, die aber den Vorschlag akzeptierten, eine Regierung zu schaffen zwischen Unternehmern, Arbeitern und der Regierung. Das hat große Ergebnisse gebracht, ausgehend von dem Grad der Stabilität und Sicherheit, die es in Nicaragua gibt und wo die Sicherheitskräfte, vor allem die Polizei, eine außerordentliche Arbeit mit der Gemeinschaft und der Bevölkerung erbrachte und uns in einen Ort der Beherrschung des Drogenhandels, des organisierten Verbrechens, der Jugendbanden, der Maras, die von Norden her von Mexiko, Guatemala und Salvador Druck ausüben und hier haben wir dies zusammen mit diesen Ländern eingedämmt. Die Stabilität und Sicherheit waren für das Wirtschaftswachstum unerlässlich. Die Vereinigten Staaten bemühen sich, diese Allianz zu zerstören. Und das ist der Ausgangspunkt der Offensive, die im April begann, denn da begannen sie das Gesetz zu fördern, das sie Nica Act nennen, und das die Unternehmer beunruhigte. Sie begannen in den Vereinigten Staaten auf die Unternehmer Druck auszuüben und die, die so denken wie Sergio Ramírez fingen an herumzureisen, um die Kongressabgeordneten zu bitten, sie sollten gegen die Nicaraguaner handeln, damit die keine Allianz mit ihrer Regierung eingehen. Und sie begannen, die Maßnahmen anzuwenden, die sie bereits gegen die Russen anwandten.

Die Bedrohung richtete sich nicht gegen die Sandinisten, sondern gegen die Unternehmer, die Interessen in den Vereinigten Staaten haben und große finanzielle Operationen abwickeln. Sie schufen die Bedingungen für eine Offensive, wie die vom April. Alles über ist die sozialen Netwerke verbunden, alimentiert durch die Finanzierung durch amerikanische Organisationen, die die jungen Leute im Umgang mit den Netzwerken spezialisierten. um die Bedingungen zur Unterminierung der Regierung zu schaffen. Alles kombiniert mit Waffen. Wenn es Tote gegeben hat, dann war dies, weil es Waffen gab und wenn es keine Waffen gegeben hätte, dann hätte es auch keine Toten gegeben. Das erste Problem bei der Veröffentlichung des Dekrets zur Rentenreform war, dass alle darin übereinstimmten, dass es keinen anderen Weg gibt. Der IWF war hier und sagte, es gäbe keine Alternative, da das System am Zusammenrechen war. Es gab keine Proteste, es gab keine Toten, aber sie erfanden, dass es einen toten Studenten gegeben hatte. Ich habe die Proteste im Fernsehen gesehen und da gab es keine Waffen, weder auf der einen Seite, noch auf der anderen. Die Waffen tauchten am nächsten Tag in der Nacht auf. Sie kombinierten Demonstrationen am Tag ohne Waffen und nachts tauchten dann bewaffnete Gruppen auf und überfielen die Rathäuser, Rentenbüros, staatlichen Institutionen und töteten Sandinisten. Da begannen Streit, Zusammenstöße und Tote.

Die OAS und die interamerikanische Menschenrechtskommission stellten "schwere Verletzungen der Menschenrechte" fest und das Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen macht Ihre Regierung für "die Morde, außergerichtlichen Exekutionen, Misshandlungen, Foltern und willkürlichen Festnahmen" verantwortlich. Wie finden Sie das?

Als ich den Bericht las, war mir klar, dass für sie ganz einfach die einzigen Toten die sind, die die Menschenrechtsorganisationen und politischen Gruppen identifizieren und die nicht zu den Gegnern gehören. Für sie existieren weder die 22 toten Polizisten, noch die verbrannten Compañeros, die Zivilisten waren, noch das verbrannte Wohnhaus, in dem ein Kind starb, das Sergio (Ramírez) die Realität verdrehend erwähnte. Ein Wohnhaus, in dem ein sandinistischer Compañero lebte, der dort eine Matrazenfabrik hatte und der sich nicht dem Streik angeschlossen hatte und das sich in einer

heißen Zone befand, wurde angegriffen und in Brand gesteckt. Man zündete ihm das Haus an und seine ganze Familie starb.

Die selben Organisationen beschuldigen die Regierung der willkürlichen Verhaftungen und der Folter

Sogar ihnen hatte man erlaubt, dort hinzugehen, wo die Gefangenen waren und bei einer Gelegenheit hat einer von ihnen nach einem Besuch im Chipote erklärt, er habe keine Anzeichen von Folter gesehen und da fielen alle rechte Kräfte und die Presse über ihn her. Wir wenden keine Folter an, das ist ein Prinzip. In einem Treffen mit den Bischöfen, das habe ich nicht erzählt, hat einer von ihnen, der Monseñor Silvio Baez, er ist sehr feindlich, mir gesagt, er müsse die Folter verurteilen und er habe junge Leute gesehen, denen habe man die Fingernägel ausgerissen habe. Nicht einem, vier oder fünf Jungen. Und da habe ich ihm gesagt: Ich versichere Ihnen, dass dies nicht wahr ist. Wenn Sie den gesehen haben, dann bringen Sie ihn mir her und wir werden den finden, der das gemacht hat und ihn mit der Höchststrafe belegen. Das ist nicht wahr". Der Señor Bischof hat mich auf diese Art belogen, getragen von Leidenschaft und Fanatismus. Er soll mir die Jungs mit den ausgerissenen Nägeln präsentieren. Ich sagte ihm: "Sie sind da durcheinander, denn ich erinnere mich, der der das praktiziert hat, Somoza war. Daran erinnere ich mich noch gut".

Die Europäische Union hat ebenfalls "freie und gerchte Wahlen in Nicaragua verlang und das Europäische Parlament hat Ihre Regierung verurteilt, was sagen Sie dazu?

Unglücklicherweise haben wir in Europa ebenfalls eine ziemlich konservative Welle, wo man wegen der Differenzen mit den Vereinigten Staaten dazu neigt, die Positionen gegenüber den Vereinigten Staaten zu vereinen. Hier muss man bedenken, dass Lateinamerika Opfer der undemokratischen Haltungen der rechten Regierungen in Lateinamerika ist, die eine Polarisierung und einen Bruch in den Organisation der Integration in Lateinamerika heraufbeschworen haben. Noch nie hat es so eine Schwächung der Organisationen der regionalen Integration gegeben wie jetzt, wo die Parteien der Rechten in den Ländern Lateinamerikas regieren, angefangen bei der Celac (Gemeinschaft der Staaten Lateinamerikas und der Karibik), die entstanden war, als wir noch eine andere Korrelation in Lateinamerika hatten, in der Toleranz und Reife der linken Kräfte an der Regierung herrschte und eine demokratische Haltung, die wenn wir in der Mehrheit sind, nicht so überheblich handelt und die Kräfte der Rechten nicht ausschließt und in die Luft zu sprengt. Ganz im Gegenteil bemühen wir uns, uns zu einigen. Ich erinnere mich noch gut an den ersten Schritt der Celac in Brasilien mit Lula als Präsidenten und später mit dem Präsidenten Calderón, einem Konservativen und Rechten, der uns vorschlug, im Namen der Organisation der Kooperation für Lateinamerika und der Karibik, die wir nicht hatten, eine Erklärung abzugeben. Wir hatten die OAS mit einem Herren an der Spitze und daher entstand die Celac in Caracas mit Chávez und einem Präsidenten der Linken und später dann gab es die Versammlung in Chile mit Piñera, der von der Rechten der Rechte ist. Und so rotierte man und es gab Integration, aber die wurde jetzt durch die Intoleranz der Rechten zerstört, die unter der Leitung der nordamerikanischen Politik handeln, die uns an die Zeit erinnert, als sie die OAS besetzten, um in Ländern, wie der Dominikanischen Republik einzumarschieren und in denen unter von den Yanguis angeführten Truppen der Befreier die Truppen Somozas gegen die Bedrohung durch den Kommunismus marschierten. Die Geschichte ist sich am wiederholen.

Haben Sie zu irgendeinem Zeitpunkt daran gedacht Wahlen vorzuziehen?

Nein, das hat keinen Sinn. Das ist das Absurdeste, das man vorgeschlagen hat. Das würde einen sehr negativen Präzedenzfall darstellen. Das würde den Weg freimachen, dass wir in jedem Augenblick, in dem es der Opposition passt, eine neue Regierung wählen müssten. Man würde die Geschichte der lateinamerikanischen Geschichte erleben, die keine Stabilität hatte und die Regierungen ständig wechseln mussten, weil die Leute auf die Straße gingen und protestierten und die Armee kam und den Präsidenten stürzte. In einem Land wie diesem mit 11 Jahren Wachstum, Stabilität und Sicherheit und einem Fortschritt im sozialen Wandel, dem ärmsten Land nach Haiti in Amerika, kommen sie mit diesem kriminellen Putsch und was sie wollten, war ein Plan, um die Regierung zu stürzen. Sie zeigten sofort die Sporen. Es war eine Aktion der Forderung nach sofortigem Rücktritt der Regierung.

Sie sagten, die Lösung war ein "Dialog des Volkes mit dem Volke" welche Optionen gibt es?

Wir befinden uns in einem Dialog der Versöhnung. Deshalb nannte ich ihn einen Dialog, aber leider war er es nicht, weil er eine Show war. Deshalb haben wir ihn im Fernsehen übertragen und keinen Prozess des Friedens überträgt man im Fernsehen. Man arbeitet vertraulich, man bereitet vor und gibt

dann die Ergebnisse bekannt. Hier war das ein Theater, in dem man beleidigte und nicht verhandelte. Er lief auf keine Weise und schaffte bei der Bevölkerung kein Vertrauen, sondern war ein negatives Beispiel für die Bevölkerung.

Was ist vom revolutionären marxistischen Sandinismus noch übrig geblieben?

Zuerst und immer bin ich vom Prinzip ausgegangen und immer habe ich gesagt, dass der Marxismus ein Leidtfaden für die Nation ist. Ich erinnere mich an die ersten Debatten, die wir mit den Compañeros der sozialistischen Partei und innerhalb der Frente Sandinista führten, dass man auf alle Fälle nicht den Namen einer klassischen Partei im Sinne des ursprünglichen marxistischen Denkens in Europa tragen dürfe, das dann später nach Amerika gebracht wurde. Wir hielten uns daran, dass wir eine Quelle des politischen und ideologischen Werts hatten, die Sandino (Augusto César) war. Sandino hatte eine Synthesis unserer Werte und unseres Kampfes mit dieser kritischen und tiefen antiimperialistischen Essenz hergestellt.

Und das war dann mein Denken. Der Marxismus als Instrument zur Entwicklung der Ideen, zur Entwicklung von Programmen und Aktionen. Niemals ließ wir uns von dogmatischen Interpretationen leiten, die Marx selbst nicht gewollt hat, sondern wir gingen vom Prinzip aus und ich denke noch immer so, denn wenn wir hier von einer Regierung spreche, die in der neuen Etappe von 2007 bis 2018 so große Fortschritte wie noch nie in der Geschichte des Landes auf wirtschaftlichen und sozialem Gebieti bei der Sicherheit und Stabilität und dem Bruch mit den Schemata gemacht hat, da sie eine Allianz zwischen Unternehmern, d.h. der Bourgeoisie , gemacht hat. Und es gibt Compañeros, die das nicht verstehen können.

Es gibt viele sehr bekannte Sandinisaten in aller Welt, angefangen bei Sergio Ramírez, über den wir schon gesprochen haben, der sich von diesem Sandinismus gelöst hat und der sie kritisiert hat.

Sie haben sich wegen der Wahlniederlage gelöst. Vorher waren sie radikal, viel radikaler als ich. Die, die heute wie Demokraten der Rechten daherreden und mit den Rechten eine Koalition bilden, waren radikaler als ich. Sie waren es, die dagegen waren, dass es in der sandinistischen Regierung katholische Priester und evangelische Pastoren gab. Es waren die, die den Atheismus predigten und uns Probleme bereiteten, weil dies ein gläubiges Volk ist und wenn man einem gläubigen Volk den Atheismus predigt, ist das ganz einfach nicht unsre kulturelle und politische Realität.

In den letzten Monaten, drei Tage nach Beginn der Unruhen im April hat ihr eigener Bruder Humberto, der Chef der Armee gewesen war, einige Erklärungen abgeben, mit denen er die nicaraquanische Regierung der Repression des Volkes beschuldigte. Wie finden Sie das?

Das war auch so nach der Wahlniederlage. Und leider kam nach dem Regierungswechsel 1990, der am 25.April stattfand, die neue Regierung daher und wollte die Güter und alles andere von Somoza mit Gewalt wieder abnehmen, Güter, die wir den Arbeitern, den Familien den Campesinos, Länder etc gegeben haben. Daher haben wir einen Kampf auf dem Land, in den Städten geführt und Protestversammlungen gemacht, an denen sich auch die Studenten im Kampf beteiligten, einen Kampf, in dem wir Arbeiter, Bauern, Studenten und alle zusammenbrachten, die durch die Revolution Vorteile gehabt hatten. Und die Parole war, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen, damit die Regierung sie respektiere, denn das war kein konterrevolutionärer Sieg. das gab ihnen nicht das Recht, daher zu kommen und alles, was wir von der Revolution geerbt hatten, hinwegzufegen. Deshalb holten sie die Armee. Die demokratische Regierung holte die Armee. Die Polizei reichte ihr nicht. Und die Armee kam, um einige Stellen, an denen es Proteste auf einigen Barrikaden, die es damals auch gab, zurückzuwerfen. Und nicht nur das, sondern sie schossen auch, als Humberto Armeechef war. Zuvor hatte er gesagt, dass es im Lande nicht genug Pfosten gäbe, um die ganze Bourgeoisie aufzuhängen. Und der Andere, der neulich redete, war Wheelock, Landwirtschaftsminister, der nach 90 in die Vereinigten Staaten ging und zuvor gesagt hatte, man müsse den Großgrundbesitzern die Hände abhacken. Deshalb sage ich, sie waren radikaler als ich. Und man holte also die Armee und die Arbeiter, die einige Firmen erhalten hatten, wurden beschossen und der Firmen beraubt. Und es gab Tote.

Hat es einige Differenzen mit der Administration von Donald Trump in Bezug auf Nicaragua gegeben?

Die Administration des Präsidenten Donald Trump hat einen Agenda vorgelegt, die von den Politikern bestimmt wird, die in Florida ihren Sitz haben und einige Kongressabgeordnete zusammenbringen und dann der Regierung Gesetzesinitiativen wie den Nica Act vorlegen, nachdem sie vom Kongress gebilligt wurden, denn sie wurden vom Kongress verabschiedet. Es fehlt nur noch die Verabschiedung durch den Senat. Und nach dem Senat geht das an den Präsidenten. Das Magnitsky wurde bereits auf Initiative der Miamigruppe auf verschiedenen Nicaraguaner angewendet, die es dann dem Präsidenten vorlegen. (Auch der Übersetzer kann und will nicht die Sprache des Caudillos verbessern M.R.)

Ihre Beziehungen zu Spanien, wie sind die im Moment?

Mit Spanien hatten wir normale Beziehungen, angefangen bei der Regierung von Felipe González, der in der Zeit der 80er Jahre da war bis Präsident Rajoy kam. Wir hatten als Regierung sowohl mit der Regierung der PSOE, als auch der PP zu tun und in beiden Fällen waren die Beziehungen stabil und respektvoll.

Die gegenwärtige Regierung von Pedro Sánchez hat vor kurzem in einer Note verlangt, man solle die Menschenrechte in Nicaragua achten. Sind sie wegen dieser Interpretation der Regierung von Pedro Sánchez konsterniert?

Ich erwarte, dass wenn die Regierung von Pedro Sánchez von der nicaraguanischen Regierung die Einhaltung der Menschenrechte verlangt, sie dies für alle Nicaraguaner tut. Nicht dass man nur die Menschenrechte einiger respektiert, sondern die Menschenrechte aller. Unsere Haltung war es nicht, nur die Beziehungen zu allen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten, sondern sie auch zu festigen. Das war unsere ständige Botschaft. Gegenüber Spanien wollten wir im Rahmen des Respekts stärkere und tiefere

Werden Sie zum Lateinamerikagipfel nach Guatemala fahren?

Na gut, wir sind eingeladen, eingeladen hat uns Präsident Morales und natürlich bin ich daran interessiert zum Gipfel zu gehen. Ich glaube, dass ein Gipfel zur Zeit sehr notwendig ist und ich hab schon gedacht, wann kommt denn die Einladung, vor allem jetzt, weil wir leider in diesem Moment keinen regionalen Mechanismus haben und in diesem Fall sehe ich ihn als den regionalen Mechanismus an, noch dazu, da wir uns auf verschiedenen Kontinenten befinden. Aber ja, historisch und kulturell ist es eine regionale Organisation, darum sind wir auch mit Spanien verbunden und haben die Möglichkeit uns zu treffen, dass wir zusammenkommen, denn wenn es nicht dadurch geschieht, können wir nicht alle zusammenkommen. Es hat kein Treffen der Celac gegeben. Die Organisationen der Integration, die im Süden existierten, sind gespalten und verschwunden.

Welche internationale Unterstützung haben Sie im Moment?

Wir haben Beziehungen zu der gesamten internationalen Gemeinschaft und wir haben versucht unseren Handel zu fördern, damit sich unsere kleinen Ökonomien in vielen Richtungen bewegen können haben wir versucht neue Märkte zu öffnen. Logischerweise haben wir immer ein stärkeres Gewicht und die stärkste Dynamik in der mittelamerikanischen Region auch gegenüber der USA.

Wie sehen Sie die augenblickliche Situation Venezuelas?

Zu Venezuela unterhalten wir gute Beziehungen, wir haben eine enge Beziehung. Venezuela ist Opfer der gleichen interventionistischen Politik, die Länder wie Kuba und auch Nicaragua erlitten haben. Das ist doch klar.

Sie haben gerade eine Mission des Hohen Kommissars der Menschenrechte der Vereinten Nationen aus dem Land geworfen. Werden Sie bereit sein, irgendeine Art von internationaler Kommission ins Land zu lassen, die darüber wacht, dass Sie die Menschenrechte beachten oder sind die Beschuldigungen gegen die nicaraguanische Regierung wahr?

Ich meine, dass das Problem unserer Länder, die wir hier im Hinterhof der USA sind, darin besteht, dass man uns behandelt als seien wir noch immer Kolonien oder Neokolonien, denn ich sehe keine Notwendigkeit dieser Art, wenn es große Konflikte in Europa gibt. Gibt es eine Initiative, die erklärt, man solle jemanden nach Katalonien schicken, um nachzusehen, was dort passiert. Dass sie internationale Beobachter dort hinschicken? Denn die Katalanen haben ihre Sicht der Dinge. Ich höre

sie an. Dort gab es gewisse Wahlen und danach gab es Verfolgungen und Verhaftungen. Es gibt noch immer katalanische Gefangene in Madrid und ich habe nicht eine Menschenrechtsorganisation in Europa oder den Vereinten Nationen gehört, dass sie über das besorgt ist, was da in Katalonien geschieht. Und niemanden fällt es ein zu sagen, man müsse eine Kommission dorthin schicken, weil man annimmt, dass es sich hierbei um ein Land handelt, das bereits das Alter und die Reife erreicht hat und man es respektiert und nicht überfällt. Uns dagegen schon. Ständig wollen sie uns eine Supervision geben und intervenieren. Wem fällt das angesichts des Problems der Emigration ein, das Europa aufgrund der Politik der USA und einiger europäischer Länder erlebt, die die Sicherheit in der Maghrebzone zerstört haben. Sie haben die Sicherheit zerstört, weder Baschar Al Asad, noch Ghadafi. Die Europäer zerstörten sie, die mit den USA gemeinsame Sache machten, um eine Zone zu zerstören, die so sicher war und hier hat die Emigration geendet, die aus Afrika kam, weil sie hier Arbeit fanden.

Es hatte Wirtschaftstätigkeit und Wachstum gegeben, die Rechte der Frauen wurden respektiert, unglaublich in Ländern mit einer Kultur der Diskriminierung der Frauen. Also wem fällt es dann ein, eine Kommission dorthin zu schicken?

In Katalonien hat es keine Toten gegeben

Aber ich sage, wenn hier in diesen Ländern ein Politiker der Opposition ins Gefängnis kommt, verwandelt der sich sofort in einen Interventionsfall für die Europäer und die USA. Es ist gar nicht notwendig, dass es da die Tragödie des Todes gibt, sondern dass es nur ein politischer Gefangener ist, dann kehrt sich das um und es kommt sofort eine Kampagne zugunsten der politischen Gefangenen. Wir sehen die Kampagne zugunsten der politischen Gefangenen, die es im Falle Venezuelas gibt, dass es eine ziemlich heftige Kampagne gibt. Das ist eine unterschiedliche Behandlung.

Nicaragua ist das zweitärmste Land hinter Haití. Halten Sie dies für ein Scheitern der Wirtschaftspolitik der Regierung?

Ich meine, dass die Wirtschaftspolitik der Regierung in den 11 Jahren sehr gut vorankam. Was von allen sehr harten Organisationen, wie dem IWF anerkannt wurde, die den Erfolg der nicaraguanischen Wirtschaftspolitik anerkannten. Das wird unter Beweis gestellt, denn die Wirtschaftspolitik ist nicht gescheitert.

Was man hier gesehen hat, war ein Umsturzplan, der einen Bruch im Rhythmus verursacht hat, der unseren Land Entwicklung und Wirtschaftswachstum bringt und jetzt müssen wir dafür kämpfen, um das Verlorene wiederherzustellen.

Welche besonderen wirtschaftlichen Erfolge gab es in Nicaragua?

Ich glaube, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen das wichtigste ist. Logisch, ohne Arbeit kann es der Bevölkerung nicht gut gehen. Nicaragua hat eine viel geringere Emigration in Richtung der Vereinigten Staaten. Die Länder Mittelamerikas mit der größten Emigration sind Guatemala, El Salvador und Honduras. Und dies Dank unserer Politik, die große nationale Investitionen angefangen bei den kleinsten bis zu den größten Unternehmen gebracht hat. Das hat für die Schaffung von Arbeitsplätzen gesorgt, die jetzt logischerweise durch diese Situation betroffen sind. Und wenn wir Arbeitsplätze schaffen, bedeutet dies, dass wir eine wirtschaftliche Aktivität besitzen, die uns die Mittel gibt, die sozialen Programme, Gesundheit und Bildung, zu finanzieren. Und außerdem haben wir dadurch Zugang zu der Finanzierung von Organisationen erhalten, um unsere Infrastruktur ebenfalls zu entwickeln, in diesem Fall mit ausländischen und eigenen Mitteln.

Verschiedene Gesellschaftsgruppen beschuldigen Sie, sich mit ihrer Familie zu bereichern und einen Nepotismus innerhalb der Macht zu betreiben. Was sagen Sie dazu?

Das ist falsch. Sie sollen Beweise vorlegen. Nein sie haben keine Beweise.

Von den Angehörigen der Familie, die sich an der Macht befindet?

In der Regierung ist die Compañera, die Vizepräsidentin ist, sowohl Mitglied der Frente. Ich habe sie schon als Mitglied kennengelernt und sie ist als Mitglied der Frente aufgewachsen und sie ist sowohl Mitglied der Frente als auch Vizepräsidentin und das wegen ihrer Fähigkeit.

Wie bewerten Sie die soziale Entwicklung Nicaraguas?

Wir sind gut voran gekommen, es ist aber noch viel zu tun. Wir arbeiten mit dem an der Zukunft, was wir zur Hand haben und schieben auf diesem Feld an.

Die Programme Ihrer Regierung, "Hambre Cero, de 2007, welcher Ergebnisse haben sie gebracht?

Hambre Cero erlaubte es, über 100.000 Nicaraguaner als produktiv Handelnde aufzunehmen und vor allem Frauen, den in der ersten Phase handelte es sich nur an Frauen auf dem Land. Die Frauen hatten eine Parzelle Land, die ihnen die Revolution gegeben hatte oder Parzellen, die wir ihnen ab 2007 ebenfalls übergaben. Die Frau ist hier mit ihren Kindern und der Mann ist wo anders hingegangen, um zu arbeiten oder sie hatte keinen Compañero und überlebte hier auf der Parzelle. Wir gaben ihr die Instrumente, damit sie die Parzelle in eine Quelle der Produktion verwandeln konnte. Es gelang in erster Linie Grundnahrungsmittel für die Familie herzustellen und später dann mit den Produkten auf die Märkte zu gehen, um sich so mit der lokalen produktiven Aktivität zu verbinden.

Einige Wirtschaftskreise sprechen von einem Verlust von 70.000 Arbeitsplätzen im Tourismussektor seit Beginn der Krise.

Tatsächlich gingen Arbeitsplätze verloren. Das Land war lange Zeit wegen der famosen Straßensperren gelähmt und das hat der Beschäftigung geschadet und das ist jetzt die Herausforderung, die Wirtschaftsaktivitäten zu reaktivieren, so wie wir das jetzt tun. Der nationale Tourismus wird gerade schnell wieder hergestellt und die Einnahmequellen der kleinen lokalen Unternehmer und der internationalen, die in Nicaragua geblieben sind. Wo es das größte Problem gab, war es den internationalen Tourismus anzuziehen, denn diese Situation neigt dazu, die Touristen zu vertreiben.

In welcher Situation befinden sich die Arbeiten am Kanal mit den chinesischen Unternehmern?

Bei den Studien der Auswirkungen auf die Umwelt. Sie hatten eine erste Studie erstellt, die von Umweltkommission des nicaraguanischen Staates unter Begleitung von Ramsar geprüft wurden. Als sie das Projekt prüften, machten sie Anmerkungen in Bezug auf die Route und schlugen vor, sie zu ändern, weil sie Auswirkungen in Gebieten gehabt hätte, die noch lebendige Ressourcen besitzen. Sie müssen die Studie mit den Änderungen vorlegen, hat die Kommission gesagt. Um mit dem Kanal beginnen zu können, muss man eine Studie mit den geringsten Umwelteinflüssen erstellen.

Was würde der Kanal für das Land bedeuten?

Es gab den Rückhalt seitens der Mehrheit der Bevölkerung, auch wenn es immer Kreise gibt, die ihn kritisieren, vor allem jene Gruppen, die heute dem Land Schaden zufügen. Sie haben auch die Reihen gegen den Kanal geschlossen. In allem ist es ihnen nicht möglich, eine Agenda zu schaffen, die über dem steht, was die Regierung vorschlägt, wie Gesundheit, Tourismus, Erziehung. Ihr bleibt nichts anderes übrig, als anzugreifen und sich auf den Kanal zu werfen. Aber die Mehrheit der Bevölkerung will den Kanal, weil sie überzeugt ist, dass er Nicaragua eine Ressourcenquelle bringt, um einen Sprung zu machen und dass der Kanal die Mittel hergibt, um die Gebiete wieder herzustellen, die durch Brände und Holzschlag etc. zerstört wurden. Nicaragua würde aufhören, das zweitärmste Land Lateinamerikas zu sein. Während wir weiterhin auf den Agrarsektor setzen müssen, wo wir eine Quelle zur Ernährung unseres Landes haben und sogar um zu exportieren.